

Presse­notiz Februar 2017

Deregulierung nach EU-Kriterien geht letztlich zu Lasten der Verbraucher

ifh-Studie: Qualifikationszertifikate wären kein adäquater Ersatz für den Meisterbrief

Ist der Meisterbrief als Voraussetzung für die selbstständige Berufsausübung einer Vielzahl deutscher Handwerksberufe eine unzulässige Einschränkung des freien Marktzugangs innerhalb der EU? Diese Frage beschäftigt Bundesregierung und Handwerksverbände intensiv. Die EU-Kommission möchte den sogenannten Meistervorbehalt abschaffen, das deutsche Handwerk fürchtet um die Qualität seiner Dienstleistungen und Produkte.

Das Volkswirtschaftliche Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh) hat jetzt in einer Studie analysiert, wie sich die Abschaffung des Meisterbriefs als Voraussetzung für die Selbstständigkeit in zulassungspflichtigen Bauhandwerken auswirken würde und ob es sinnvolle Alternativen gäbe. Die Beurteilung der Wissenschaftler ist überraschend: Eine Deregulierung würde am härtesten nicht die Meisterbetriebe, sondern ihre Kunden treffen. Denn sie könnten ohne die verbindliche Qualifikationsnorm der Meisterprüfung die Güte handwerklicher Arbeit nicht mehr sicher einschätzen. Sie liefen leichter als bisher Gefahr, Leistungen mit versteckten Mängeln zu erhalten.

Mit abnehmender Qualität steige daher das Risiko der Verbrauchergefährdung. Schon die höhere Wahrscheinlichkeit, vertraglich vereinbarte Leistungen auf juristischem Weg einfordern zu müssen, gehe ausschließlich zu Lasten der Konsumenten. Anhand einer Beispielkonstellation aus dem Dachdeckerhandwerk beschreibt die Studie ein größeres gesundheitliches Risiko für den Kunden, das zu einer Verschlechterung seiner Position gegenüber dem Istzustand führen würde.

Die Idee, Handwerksqualität alternativ durch ein Zertifizierungssystem zu gewährleisten, kann die Sicherheit der Konsumenten nicht im bisherigen Maß ermöglichen, belegen die Autoren der Studie. Denn der Informationsgehalt der Zertifikate wäre nur schwer zu bewerten. Sich einander ähnelnde Zertifikate könnten leicht zu Verwechslungen führen, was der Unsicherheit der Kunden Vorschub leistete. Außerdem müssten Konsumenten selbst die Zertifikatsaussagen verifizieren, was Aufwand und Kosten auf Kundenseite erhöhte.

Die ifh-Studie relativiert mit diesem Hinweis auch die These, Deregulierung würde wegen des zunehmenden Wettbewerbs zu günstigeren Verbraucherpreisen führen. Der betriebliche Aufwand für die Zertifizierungen würde, das räumt laut der ifh-Analyse auch die EU-Kommission ein, hohe Kosten für alle Beteiligten mit sich bringen. Als Nachteil für die Konsumenten sieht die Studie auch die in einer deregulierten Wirtschaft steigende Anzahl zertifizierender Stellen. Sie würden es zusätzlich erschweren, den Informationsgehalt der Zertifikate zu bewerten und damit die Unsicherheit auf Kundenseite verstärken. Bei der gesamten Deregulierungsdiskussion werde zudem eine wesentliche Funktion des Meisterbriefs ausgeblendet: Die hohe Ausbildungsleistung des Handwerks. Sie steht im direkten Zusammenhang mit dem Meisterbrief, weil er auch die Ausbildungseignung attestiert.

Hinweis an die Redaktion:

Die Studie des Volkswirtschaftlichen Instituts für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh) „Vor- und Nachteile des Meisterbriefs im Vergleich zu freiwilligen Qualifikationszertifikaten“, von Matthias Lankau und Klaus Müller, erscheint als Band 15 der Schriftenreihe "Göttinger Beiträge zur Handwerksforschung", ISSN 2364-3897, DOI-URL: <http://dx.doi.org/10.3249/23643897gbh15>.